

An die Unternehmen

Weißenfels, 6. November 2024

**Argumente und Anmerkungen der IHK Halle-Dessau, Geschäftsstelle Weißenfels zum Vorhaben „Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet“ (IKIG) der Strukturentwicklungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft Burgenlandkreis mbH (SEWIG)**

Der Burgenlandkreis im Süden Sachsen-Anhalts zeichnet sich durch seine zentrale Lage im Osten Deutschlands und die sehr gute infrastrukturelle Verkehrsanbindung aus, weshalb er ein logistisch guter Standort für Industrie- und Gewerbe ist. Wichtigster Industriezweig ist die Ernährungswirtschaft mit über 4.100 Beschäftigten. Es handelt sich um einen Flächenlandkreis mit einer Ausdehnung von 1400 km<sup>2</sup>. Es gibt drei Kernstädte, die deutlich dichter besiedelt sind als die restliche Fläche.

Die Einwohnerzahl ist seit Jahren rückläufig und der demografische Wandel wird sie bis 2040 um erneut mindestens 20% schrumpfen lassen. Im Jahr 2023 lebten hier 177.000 Menschen, 25% davon sind nicht mehr im erwerbsfähigen Alter. Die Arbeitslosenquote lag im August 2024 bei niedrigen 6%. Allerdings besuchen weitere potenzielle Arbeitnehmer momentan beschäftigungsvorbereitende Maßnahmen und sollen perspektivisch ebenfalls dem ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Momentan stehen 25.000 Auspendlern, nur 12.000 Einpendler gegenüber. Somit besteht im Burgenlandkreis nach wie vor ein hoher Bedarf an attraktiven Arbeitsplätzen.

Seit 2009 ist die Stadt Weißenfels damit beschäftigt, ein interkommunales Gewerbegebiet an der A9/B91 zu erschließen und gab erste Machbarkeitsstudien in Auftrag. Die Realisierung scheiterte jedoch bislang immer an den fehlenden finanziellen Mitteln.

Durch den politisch organisierten Strukturwandel und den Folgen aus der Beendigung der Braunkohleverstromung, welche für den Burgenlandkreis enorme wirtschaftliche und soziale Herausforderungen mit sich bringen, wurden dem Landkreis nun 432,5 Mio. € Fördermittel zugesprochen, die zum überwiegenden Teil in die Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur fließen sollen. Neben der Erweiterung und Entwicklung des Chemie- und Industrieparks in Zeitz sowie der Anbindung an das Wasserstoffkernnetz und dessen Ausbau, gilt als größtes Einzelvorhaben der Region die

Entwicklung eines Interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes (IKIG) an der A9/B91. Das Förderprogramm bietet nun die einmalige Chance, Gelder für die Entwicklung dieser Flächen, die bereits lange als Vorranggebiet für wirtschaftliche Entwicklung im Regionalen Entwicklungsplan vermerkt sind, direkt einzusetzen und damit ideale Voraussetzungen für die Erweiterung und Ansiedlung von Unternehmen zu schaffen.

Trotz einer derzeitigen wirtschaftlichen Rezession in Deutschland stellen wir hier vor Ort bei den Unternehmensbesuchen immer wieder fest, dass es doch auch neue Investitionen gibt und einige Unternehmen sich auch erweitern wollen. Hier seien beispielhaft nur die Firmen Schüco, Eurowell, AGCO und MEG genannt. Alles namhafte Firmen im Burgenlandkreis, die eine große Sogwirkung durch gut bezahlte Arbeitsplätze und nachhaltige Prozesse aufweisen. Zusätzlich gibt es über das Land Sachsen-Anhalt eine Liste von Investoren, die geeignete Flächen für Ansiedlungen in Deutschland suchen. Diese können seit Jahren nicht bedient werden, weil es in Sachsen-Anhalt keine geeigneten Flächen für solche Ansiedlungen gibt. Darum hat die Landesregierung in ihrem Strukturentwicklungsprogramm die Ausweisung und Entwicklung von sogenannten Joker- oder Ankerflächen, als Flächen für Großansiedlungen als oberste Priorität benannt und fördert ganz ausdrücklich diese Vorhaben. Der Bedarf ist also nachweislich vorhanden und erfordert die Schaffung eines Angebotes für Investoren.

Das IKIG hat im Dreiländereck Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und an der Hauptverbindungsachse A9/B91 eine ideale Lage. Binnen 2-3h sind in allen Himmelsrichtungen die Hauptzentren des Landes erreichbar, ebenso wie die hervorragenden Anbindungen an die Flughäfen sowie Schienenwege. Durch die geplante äußere Erschließung und den Neubau von Verkehrswegen sowie der zukünftigen geplanten Erhöhung des Anteils der Schiene am Güterverkehr, können einige Ortslagen wie Aupitz, Nessa und Granschütz eher vom Verkehr entlastet werden. Auch die Anbindung an das Wasserstoffnetz und damit eine hervorragende energetische Versorgung mit erneuerbaren Energiequellen ist gewährleistet. Die Bereitstellung und Nutzung von erneuerbaren Energien stehen grundsätzlich im Vordergrund und gemäß Ansiedlungsportfolio sollen nur vereinzelt Ansiedlungen von Unternehmen im energieintensiven Bereich stattfinden. Die Produktion von Windenergie über die AEZ, die bereits schriftlich ihr Interesse an einer Fläche von 20ha geäußert hat sowie das Einbinden der bei der Müllverbrennung der naheliegenden Firma PreZero anfallenden Abwärme ist vorgesehen und schafft somit eine Verringerung des zusätzlichen Energiebedarfes und die Schaffung von Synergieeffekten als Kreislauf.

Die im August 2024 fertiggestellte Machbarkeitsstudie zum IKIG umfasst in 234 Seiten eine hervorragende Grundlage für die Entwicklung und dessen Herausforderungen bzw. Auflagen. Dabei ist auch eine Ansiedlungsstrategie enthalten. Demnach wollen die beteiligten Kommunen Hohenmölsen, Weißenfels, Teuchern und Lützen die Ansiedlung von Solarparks ganz explizit ausschließen. Ebenso will man große Umschlagplätze für Logistik und reine Lagerung ausschließen. Die Fläche soll vielmehr beide Funktionen

erfüllen, zum einen das Vorhalten von Ankerflächen (50 - 80 ha) für Großansiedlungen, wie vom Land gefordert. Zum anderen sollen kleinere und mittelständische Unternehmen angesiedelt werden, die resiliente Strukturen durch eine Branchenmix schaffen und auch bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch eigene Wertschöpfungsketten bestehen können.

Natürlich erfordert das Vorhaben, bei dem nach Ansiedlung der Unternehmen bis zu 6.000 Arbeitsplätze entstehen sollen, auch personelle Ressourcen. Wie oben beschrieben pendeln 25.000 Menschen täglich aus dem Burgenlandkreis aus. Viele junge Erwachsene verlassen den Landkreis ganz, um anderswo zu arbeiten, über 4.300 allein in westliche Bundesländer. Wenn es allerdings gelingt, hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Region zu schaffen, kann man den Menschen hier vor Ort Perspektiven eröffnen und sie zum Bleiben bewegen. Dazu gehört selbstverständlich ein ganzheitlicher Ansatz und es braucht auch Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die Daseinsvorsorge ist ebenfalls ein wichtiges Thema. Momentan ist zu beobachten, dass insbesondere Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen vermehrt mit Fachkräfteproblemen zu kämpfen haben. Auch Schulen und Kindergärten sind davon betroffen und es fällt immer schwerer, diese in den Dörfern aufrecht zu erhalten. Allerdings besteht durch eine verbesserte Wirtschaftsstruktur, gute Arbeitsbedingungen und wertige Arbeitsplätze auch die Chance mehr Gewerbeeinnahmen zu generieren und schließlich wieder mehr Geld in die regionale Nahversorgung und Sozialeinrichtungen der Kommunen zu geben. Zusätzlich steigt die Kaufkraft der ansässigen Menschen und Innenstädte könnten wieder mehr belebt werden mit Restaurants, Cafés und Bars sowie lokalem Einzelhandel. Eine Region kann aus ihrer regionalen Wirtschaftskraft wachsen, Unternehmer investieren in ihr direktes Umfeld und schaffen sich und damit den anderen, bessere Lebensbedingungen. Dabei ist eine mittelständige Wirtschaftsstruktur mit resilienten Strukturen von enormer Bedeutung. Die Gemeinden könnten auch von der Einkommenssteuer sowie der Kapitalertragssteuer profitieren, dabei erhalten sie 15% des Aufkommens der Lohnsteuer sowie 12 % des Aufkommens der Kapitalertragssteuer nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Einkommenssteuergesetz. Dadurch hätten sie wieder Möglichkeiten, die Infrastrukturen zu erhalten, zu erneuern und zu entwickeln.

Auch wenn der Tourismus und die Landwirtschaft ebenfalls wichtige Wirtschaftszweige und im Burgenlandkreis insbesondere von großer traditioneller Bedeutung sind, können diese Branchen die Region nicht allein voranbringen. Wettbewerbsfähigkeit und überregionale Strahlkraft wird durch das produzierende Gewerbe und Industrieunternehmen erlangt. Auch der Tourismus wird indirekt durch das IKIG und seine Auswirkungen auf die regionale Struktur angekurbelt.

Nicht von der Hand zu weisen sind die sehr guten Ackerböden, die momentan noch auf der Fläche vorherrschen. Bis zu 90er Böden, wobei 100 die Bestmarke ist, sind hier im Eigentum von ca. 130 Besitzern, z.T. Landwirten, Privatpersonen, der Kirche usw. Natürlich darf es nicht das Ziel sein, regionalen Landwirten ihre Existenzgrundlage zu nehmen. Dennoch macht die Fläche im Verhältnis gerade einmal 0,48% der Anbaufläche

im gesamten Burgenlandkreis aus. Die hier angebauten Getreide und Nutzpflanzen gehen mittlerweile zu 70% in Biogasanlagen zur Energiegewinnung. Nachweislich besteht keine Lebensmittelmangellage in Deutschland. Eher ergibt sich eine jährliche Verschwendung von 76 kg für jeden einzelnen Einwohner. Nichtsdestotrotz ist es notwendig auf Einzelbelange einzugehen und auch Einzelschicksale zu betrachten.

In der konkreten Planung sind ausreichend Abstände zu vorhandener Wohnbebauung einzuhalten, Ausgleichsflächen zu schaffen und im Gewerbegebiet Schutzstreifen einzurichten. Auch das sieht die Machbarkeitsstudie vor und beschreibt die Entwicklung des IKIG als „Grünes Gewerbegebiet“. Grundsätzlich ist eine bedarfsgerechte Entwicklung anzustreben und keine Versiegelung der Gesamtfläche ohne verbindlichen Investor. Empfehlenswert ist der Start auf der östlichen Seite der B91 als Erweiterungsfläche von Zorbau. Hier gibt es bereits zahlreiche Unternehmen und die Industrieakzeptanz dürfte hier am höchsten sein. Außerdem liegen bereits entsprechende Leitungen und Anschlüsse an. Letztlich sollte dann die Fläche westlich der B91 erschlossen werden, die schließlich in ihrer Gänze in die Ortslagen Nessa und Obernessa hineinragen könnte. Auf entsprechende Abgrenzung und Schutzstreifen ist zu achten.

Im Ausgleich dazu sind die brachliegenden Gewerbeflächen insbesondere in Nessa und Umgebung zurückzunehmen und als Grünfläche aufzuwerten. Hierfür ist ein Ausgleichskonzept zu entwickeln, welches einen wirksamen Ausgleich für die Eingriffe in die Natur und Landschaft ermöglicht. Auch innerhalb des Gebietes sollten ökologisch wertvolle Grünflächen geschaffen und Maßnahmen wie Dachbegrünung, Pflanzen von Baumreihen und nachhaltige Bauweisen vorgesehen werden.

Nach Abwägung aller benannten Aspekte unterstützen die IHK Halle-Dessau sowie die HWK Halle (Saale) die Planungen für das Interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet. Die Unternehmerschaft sieht darin einen großen Gewinn für die Wirtschaft des Burgenlandkreises und eine einmalige Chance im Zuge des Strukturwandels.

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau  
Geschäftsstelle Weißenfels,  
Markt 6 in 06667 Weißenfels

Handwerkskammer (Saale)  
Gräfestraße 24  
06110 Halle

Tobias Voigt  
tvoigt@halle.ihk.de

Anika Meinhardt  
ameinhardt@halle.ihk.de

Jens Schumann  
jschumann@hwkhalle.de

Tel.: 03443 – 4325 0

0345 – 2999 106